

Das Oltener Aktionskomitee

Seit es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, war die Lage der Arbeiterklasse als Ganzes genommen, nie so überaus schwierig wie heute. In der Friedenszeit floss das politische Leben so ruhig dahin. Die Wahlkämpfe und die Abstimmungskampagnen lösten einander ab und belebten das Bild. Manchmal gingen die Wogen hoch, doch glätteten sie sich nach der Entscheidung, und das Leben ging ruhig weiter seinen Gang. Die Gewerkschaften betrieben ihre Propaganda und führten ihren wirtschaftlichen Kleinkrieg mit mehr oder weniger Erfolg. Hochkonjunktur und Krise wechselten, in logischer Folge schienen sich die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu vollziehen.

Der Krieg hat uns vor neue Probleme gestellt, den ganzen Gesellschaftsbau bis ins tiefste erschüttert. Der Kampf um die politische Macht und um die wirtschaftliche Anerkennung ist zum Kampf um die Lebensnotduft in des Wortes schärfster Bedeutung geworden. Der Reallohn des Arbeiters geriet in immer grösseren Gegensatz zu den Kosten der Lebenshaltung, trotz den gewaltigen Lohnkämpfen der Gewerkschaften. Dazu kommt neustens noch die Knappheit der Lebensmittel, durch die es den Besitzlosen immer schwerer gemacht wird, sich zu versorgen.

Wollte man verhüten, dass die Arbeiterschaft ins tiefste Elend hinabsinkt, so mussten Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zusammenspannen und gemeinsam für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten. Seit Kriegsausbruch ist das geschehen. Es konnte jedoch nicht verborgen bleiben, dass nur durch straffes Zusammenfassen der Kräfte und Konzentrierung auf die jeweiligen dringlichsten Postulate etwas zu erreichen war. Täglich tauchten neue Fragen auf, die nicht für sich, sondern nur im Zusammenhang mit allen anderen einer günstigen Lösung entgegengeführt werden konnten. Die seinerzeit eingesetzte zentrale Notstandskommission hat gewiss Anerkennenswertes geleistet, ihr Aufgabenkreis war aber zu eng umschrieben und ihr Verhältnis zu Partei und Gewerkschaften zu lose, als dass sie sich hätte massgebenden Einfluss verschaffen können.

Das zeigte sich deutlich bei dem Problem der Zivildienstpflicht, der Refraktäre und Deserteure, bei dem es geradezu dem Zufall überlassen schien, wer sich dieser Sache annehmen sollte. Der Gewerkschaftsbund nahm Mitte Januar zuerst offiziell dazu Stellung. Es war wesentlich dem in seinen Grundzügen ganz unzulänglichen Entwurf des bundesrätlichen Experten zu verdanken, dass von allem Anfang an die gesamte Arbeiterschaft gegen die Zivildienstpflicht Stellung nahm. Diese Stellungnahme verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Entwurf fiel, ehe er recht geboren war. Aber noch harrte das Problem der Behandlung der Refraktäre und Deserteure seiner Lösung. Neue Fragen tauchten auf. Viele Organisationen traten auf mit Anträgen und Vorschlägen die Versorgung betreffend. Die Bauern hatten die Erhöhung der Milchpreise angekündigt.

So hat man sich auf der gemeinsamen Konferenz vom 4. Februar 1918 in Olten auf die Einsetzung eines Aktionskomitees geeinigt, dem vier Mitglieder des Gewerkschaftsbundes und drei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören sollten. Später kamen dazu je ein Gewerkschafts- und Parteivertreter aus der welschen Schweiz und schliesslich auch drei Vertreter der Eisenbahnerorganisationen.

Die Tätigkeit des Aktionskomitees setzte ein mit der Behandlung der Refraktär- und Deserteurfrage. Das liest sich auf dem Papier ganz leicht, ist es aber nicht. Es waren Delegationen beim Bundesrat und bei anderen Behörden, die Formulierung von Anträgen für die Beschäftigung der Meliorationsarbeiter und ihre Vertretung und viele andere mündliche und schriftliche Betätigung nötig, um schliesslich zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Auf die Initiative des Aktionskomitees wurde schliesslich eine besondere Kommission zur fortwährenden Behandlung der Meliorationsfragen eingesetzt. Unterdessen nahm die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden Zuständen immer grössere Dimensionen an. Nicht nur wird die Teuerung mit jedem Tag drückender, auch die Rationen werden geringer. Das Brot und die Kartoffeln sind sehr knapp, das Fleisch und das Fett fabelhaft teuer und nirgends Aussicht auf Besserung. Dabei hat man das Gefühl, dass bei zweckmässiger Verteilung manches besser sein könnte. Der Unmut machte sich oft Luft in sehr weitgehenden Forderungen. Das Aktionskomitee erhielt die Aufgabe überbunden, die Forderungen zu prüfen und Vorschläge zu deren Verwirklichung zu machen. Das war nicht immer leicht. Die Forderungen mochten in allen Fällen die Folgen des grossen Notstandes sein, so galt es doch zu untersuchen, ob sie unter den gegebenen Verhältnissen zu verwirklichen waren oder ob nicht ihre Aufnahme in ein Aktionsprogramm toter Ballast

bedeutete, der uns in der Verfolgung des wirklich Erreichbaren nur hinderte. Man musste sich auch darüber klar sein, was bisher auf dem Gebiet der Versorgung schon gefordert und geliefert worden war. Die Forderungen der Arbeiter seit Kriegsausbruch wurden daher zusammengestellt und mit den Resultaten verglichen.

Bei der Formulierung der Forderungen beschränkte man sich auf solche, die dringlich sind und die im Interesse möglichst weiter Kreise liegen, deren Realisierbarkeit aber auch unzweifelhaft möglich ist.

Im Vordergrund stand die Milchpreisfrage, über die sofort eine scharfe Diskussion einsetzte. Aber auch andere Forderungen werden von Tag zu Tag dringlicher. So muss mit Nachdruck für eine zweckmässige Organisation der Kartoffelversorgung eingetreten werden. Ihrer Erledigung harren die Fleischversorgung, die Brennstoffversorgung, die Notstandsfrage und andere. In allen diesen Fragen muss das Aktionskomitee mit seiner Initiative einsetzen und die öffentliche Aufmerksamkeit rechtzeitig wecken, damit sie im Sinne der Konsumenten gelöst werden.

Das ist das, was wir in erster Linie unter Aktion verstehen, und so wollen wir die Tätigkeit des Aktionskomitees aufgefasst wissen. Viele Genossen haben von dieser Tätigkeit eine andere Auffassung. Ihnen gilt die Initiative und gelten die Vorbereitungsstadien für die Geltendmachung und Durchsetzung der Forderungen wenig. Für sie ist das Schlagwort des Tages der Generalstreik geworden. Er soll mit einem Schlag alle Not vergessen machen, das Allheilmittel für alle gewerkschaftlichen Schäden sein. In manchen Köpfen ist es zu einer Begriffsverwirrung gekommen. Die jeweilige Forderung wird geradezu daraufhin untersucht, ob sie ein taugliches Mittel ist, um zum Streik zu kommen.

Selbstverständlich muss der Kampf gegebenenfalls die schärfsten Formen annehmen, wenn die legalen Mittel nicht mehr ausreichen und wenn es um wichtige Lebensfragen geht. Aber dieses Kampfmittel des allgemeinen Streiks ist das letzte und äusserste, denn es hat ungeheure Konsequenzen. Wenn man die Arbeiter von bürgerlicher Seite auf die Verantwortung aufmerksam zu machen beliebt, die die Erklärung des allgemeinen Streiks bedeutet, so ist allerdings zu sagen, dass die Verantwortung auf jener Seite mindestens so gross ist wie auf Arbeiterseite, da man ja durch die Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter wohl in der Lage wäre, einen solchen Streik abzuwenden.

Das Aktionskomitee hat das Problem des allgemeinen Streiks eingehend erwogen und eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, nach denen eventuell verfahren werden müsste. Nach den Anträgen des Aktionskomitees haben auch die Verbände selber sich mit der Frage befasst. Wir werden zu gegebener Zeit das Resultat der gesamten Erwägungen an dieser Stelle einer Besprechung unterziehen.

Unvoreingenommene Kritik wird zugeben müssen, dass das Aktionskomitee bisher seine Aufgabe im Rahmen der Möglichkeit erfüllt hat. Daran ändern die Stimmen der Kritik nichts. Die übergrosse Mehrzahl der Arbeiterschaft wird ihm sicher Dank dafür wissen, wenn es wirklich versucht, mit den letzten Mitteln auf die Behörden einzuwirken, bevor es zum offenen Kampf auffordert. Mit diesem Vertrauen der Arbeiter, das sich bekunden soll in immer stärkerem Andrang zu den Organisationen wird es aber auch möglich sein, den Druck von unten zu verstärken, dass uns vielleicht das Härteste erspart bleibt. Gewerkschaftliche Rundschau.

Strassenbahner-Zeitung, 7.6.1918. Standort: Sozialarchiv.